

15./4. 1918.

84

Unsere Ubergangswirtschaft.

Drahtbericht unſ. Korreſpondenten.

L. Frankfurt (Main), 14. April. In einer Verſammlung des Verbandes Mitteldeutſcher Induſtrieller in Frankfurt a. M. ſchilderte Dr. Weber (Berlin), Vortragender Rat im Reichskommiſſariat für Ubergangswirtſchaft, die auf dieſem Gebiete getroffenen Maßnahmen und Vorbereitungen. Man will danach keine Zwangsſyndikate von Dauer ſchaffen, glaubt aber, namentlich bei der Volksernährung, die Mitwirkung des Reiches nicht entbehren zu können, ebenſowenig eine gewiſſe Organisation bei einzelnen Induſtrien, wie bei der Textil-, der Leder-, der Oel- und Fettwaren-Induſtrie. Die wichtigſte Frage bei der Ubergangswirtſchaft ſei die Valuta. Das Problem des Frachtraums habe bereits durch den Zuſammenschluß der Reedereien ſeine Löſung gefunden. Für einzelne Erwerbszweige ſei die Schaffung von Wirtſchaftsſtellen unter Mitwirkung von Handel, Induſtrie und Handwerk geplant. Es ſollten nicht Zwangsſyndikate im Rathenauſchen Sinne geſchaffen werden, ſondern Selbſtverwaltungskörper mit behördlicher Stütze. Daraus wird keine Vertruſtung und keine Zentraliſierung der Induſtrie erwachſen. Hauptaufgabe dieſer Organisation ſei die Kontingentierung der einzelnen Werke bei der Rohſtoffverteilung und die Verteilung der bei der Geeresverwaltung frei werdenden Vorräte aller Art, deren Wert ſich nach Millionen beziffere. Der Handel ſolle in vollem Umfange in ſeine frühere Tätigkeit wieder eingefeßt werden. Indeſſen ſei eine gewiſſe Kontrolle im Hinblick auf unſere Valuta und im Hinblick auf die Dringlichkeit des Bedarfs nicht zu umgehen. Auch ſiehe es dem Handel frei, ſchon jetzt Vorkäufe im Ausland vorzunehmen, namentlich wenn ſie auf Kredit erfolgten. Wenn ſich ſpäter eine Beſchlaanahme ſolcher vorgekauften Waren als notwendig erweiſe, ſollen die Interellen der Käufer voll berückſichtigt werden, inbeſondere würden die vollen Selbſtkoſten zuſätzlich aller Ebenen und einer dem Risiko entſprechenden Prämie dafür bezahlt. Was die Steuerpolitik betrifft, ſo ſollten ſämtliche Erwerbsſtände gleichmäßig erfaßt werden. Die Rohſtoffbeſteuerung ſorge in ihrem Aufbau große Gefahren für die Export-Induſtrie in ſich. Hier ſeien Fabrikſteuern oder der Ausbau der Warenumſatzsteuer vorzuziehen. Überall ſei die Mitwirkung von Sachverſtändigen geplant. In der Erörterung wandte man ſich gegen die offenſichtliche Tendenz der Zentraliſierung in Berlin. Man ſolle rechtzeitig dafür ſorgen, daß die Induſtrie Süddeutſchlands nicht ausgeſchaltet und daß für Süddeutſchland die Ubergangswirtſchaft nicht zu einer Untergangswirtſchaft werde.